

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0687/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status:	öffentlich
		AZ:	
		Datum:	03.06.2020
		Verfasser:	
Ratsanträge			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
17.06.2020	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeister).

Philipp

Oberbürgermeister

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge



CDU

FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

30. April 2020

Nr. 620/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 20.015 / SPD 149/20

Aachen, den 22.04.2020

RATSANTRAG

Verlängerung Kita-Auslagerungsstandort GGS Schönforst

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zurzeit für schulische Zwecke in der GGS Schönforst nicht benötigten Räume, weiterhin als Auslagerungsstätte (2 Gruppen) für im Umbau befindliche Kindertageseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

In der zum 15.03.2020 fortgeschriebenen Kindertagesbetreuungsbedarfsplanung wies die Verwaltung erneut darauf hin, dass der Um- und Erweiterungsbau an städtischen und freien Kindertageseinrichtungen nur im erforderlichen Umfang fortgesetzt werden kann, wenn in erforderlichen Maße Auslagerungsstätten zur Verfügung stehen.

Dafür müssen zu aller erst alle derzeitigen Kapazitäten erhalten bleiben.

Die Gemeinschaftsgrundschule Schönforst verfügt nach Auskunft der Verwaltung über ein ausreichend großes Raumprogramm. Dies ermögliche es, zwei Kita-Gruppen neben dem Schulbetrieb dort unterzubringen.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



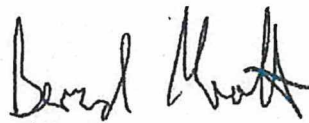
Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Holger Brantin

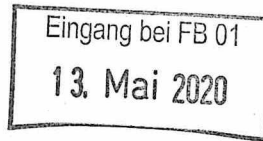
Schulpol. Sprecher CDU-Fraktion



Bernd Krott

Schulpol. Sprecher SPD-Fraktion

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
52058 Aachen



Nr. 627/17

13.05.2020
GRÜNE 11 / 2020

Ratsantrag

Innenstadt beleben – Gewerblichen Leerstand innovativ nutzen – Raum für Ideen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Aachener Grünen beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, leerstehende Handelsflächen in der Innenstadt zur Umnutzung als flexible Büro- und Laborflächen im Sinne der Wirtschaftsförderung und des Strukturwandels aktiv für Start-ups und Ausgründungen, zum Beispiel der Aachener Hochschulen, zu vermitteln.

Auch sollen Eigentümer*innen von leerstehenden Innenstadtgebäuden für Umnutzungen oder Neubauten zu Start-up Hubs gewonnen und mit der Gründerszene zusammengebracht werden.

Begründung:

Die Innenstadt unterliegt einem Strukturwandel. Der Leerstand von Handelsflächen prägt ganze Straßenzüge. Gleichzeitig kann die Nachfrage nach Büro- und Gewerbeflächen auf dem Aachener Stadtgebiet nicht ausreichend befriedigt werden.

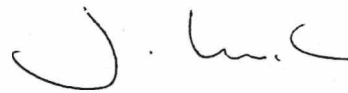
Start-ups oder High-Tech-Ausgründungen, beispielsweise aus dem Umfeld der Aachener Hochschulen, wollen in urbaner Atmosphäre arbeiten. Gründer*innen und deren Mitarbeiter*innen wollen kurze Wege, in der Stadt leben und arbeiten, mittags im Café um die Ecke mit Geschäftspartner*innen beim Business-Lunch im Stadtzentrum das letzte Meeting nachbesprechen. Gründer*innen wollen Wahrnehmung und Sichtbarkeit. Statt eigener Büroräume ist auch das Modell der Coworking-Spaces immer beliebter und denkbar.

Leerstehende ehemalige Handelsflächen sind oft als Skelettbaukonstruktionen flexibel und leicht umbaubar und können für die Gründerszene zu Büro-, Forschungs- und Arbeitsflächen umgenutzt werden. So kann im Stadtgewebe eine Leerstelle wieder gefüllt und durch neue Frequenzen bereichert werden. Die Innenstadt wird belebter und auf den Strukturwandel im Einzelhandel wird eine Antwort gefunden.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionssprecherin



Johannes Hucke
Sachkundiger Bürger im Planungsausschuss

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

13. Mai 2020

Nr. 622/17

13.05 2020
GRÜNE 12 / 2020

Ratsantrag

Rettungsschirm für Kulturschaffende erwirken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Aachener GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, sich gegenüber Bund und Land und zusammen mit anderen Kommunen in NRW für folgende Unterstützungsmaßnahmen für unser kulturelles Leben einzusetzen:

- Kunst- und Kulturschaffende können die vom Bund zur Verfügung gestellte „Corona Soforthilfe für Kleinunternehmen und Solo-Selbstständige“ für ihre Lebenshaltungskosten einsetzen analog zu den Bestimmungen in Baden-Württemberg, wo Solo-Selbstständige auf Antrag pauschalisierte Kosten für ihren Lebensunterhalt erstattet bekommen.
- Die Landesregierung lädt Kreativschaffende ein, Konzepte zu diskutieren und weiterzuentwickeln, wie trotz der erhöhten Hygieneanforderungen wieder Kulturveranstaltungen angeboten werden können.
- Die Landesregierung legt einen Fonds zur Förderung digitaler Kulturformate auf, um Kulturschaffenden neue Perspektiven zu eröffnen.
- Die Bundesregierung setzt einen Fonds für die weiterhin geschlossene Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft ein, der die kulturelle Infrastruktur in den Kommunen sichert, sowohl in Bezug auf die Freie Szene, die Kreativwirtschaft, als auch die kulturellen Institutionen.

Begründung

Die Corona-Krise und die damit einhergehenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens bedrohen das kulturelle Leben in unseren Kommunen. Künstler*innen, Veranstalter*innen, Spielstätten und alle im Support Tätigen sind besonders und nach aller Voraussicht neben der Gastronomie am längsten von den Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus betroffen. Sie verfügen im weit überwiegenden Teil weder über Rücklagen noch über nennenswerte Betriebsausgaben, die aus der Soforthilfe des Bundes finanziert werden könnten. Die Corona-bedingten Einnahmeausfälle von Kunst- und Kulturschaffenden werden derzeit nur unzureichend durch die Bundes- und Landeshilfen für Solo-Selbständige und kleine Unternehmen kompensiert.

Wir brauchen die gemeinsame Kraftanstrengung aller Ebenen der öffentlichen Haushalte, um unsere Kulturszene durch die Krise zu bringen. Denn Kultur ist durchaus systemrelevant und einmal zerstörte Strukturen werden sich nicht einfach wieder aufbauen lassen.

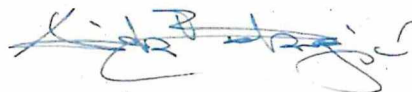
Die Kommunen sind wesentlicher Förderer von Kultur. Sie sind Lebensmittelpunkt und Wirkungsstätte der Künstler*innen im Land NRW. Insofern betrifft sie die Sicherung der kulturellen Infrastruktur und des Lebensunterhalts von Künstler*innen und Soloselbständigen in besonderem Maße.

In Aachen sind bereits einige unterstützende Maßnahmen ergriffen worden. Die Kaste-Förderung wurde weitergeführt und es wurden verschiedene Regelungen gefunden, den Kulturschaffenden bei Sondernutzungsgebühren oder Mietkosten entgegenzukommen oder Honorarkräfte wie zum Beispiel in der Musikschule oder der VHS weiter zu finanzieren. Weitere Maßnahmen sind aufgrund des durch die Krise allgemein belasteten Haushalts der Stadt Aachen nur aus eigener Kraft schwerlich leistbar, aber dringend notwendig.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Seufert
Fraktionssprecherin

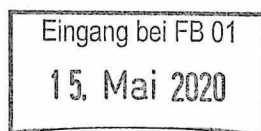


Aida Beslagic-Lohe
kulturpolitische Sprecherin



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 623/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 20.018 / SPD AT 152/20

Aachen, den 13. Mai 2020

RATSANTRAG

Mit dem Jobticket den ÖPNV stärken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die finanzielle und rechtliche Möglichkeit des Erwerbes von „Jobtickets“ des Aachener Verkehrsverbundes (AVV) für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der allgemeinen Verwaltung, der Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sowie mit der Stadt Aachen verbundenen Gesellschaften zu prüfen und dem Mobilitäts- sowie dem Personal- und Verwaltungsausschuss vorzustellen.

Des Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, ein Konzept zur Schaffung einer virtuellen Einheit, die den Zusammenschluss von Arbeitgebern mit weniger als 15 Mitarbeitern zum Zweck des Erwerbs von „Jobtickets“ des AVV ermöglicht, zu erarbeiten und dem Mobilitäts- sowie dem Personal- und Verwaltungsausschuss vorzustellen.

Begründung

Der ÖPNV ist bei der Bewältigung von mobilitäts- und umweltpolitischen Herausforderungen von zentraler Bedeutung. Ein starker ÖPNV trägt zur Bekämpfung von Verkehrsstaus bei und verringert den Parkdruck in der Innenstadt. Er schützt das Klima und verbessert die Luftqualität. Zugleich ermöglicht er allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Stellung eine bedarfsgerechte Mobilität.

Aachens kommunale Verkehrsunternehmen, namentlich die ASEAG und der AVV, stehen derzeit vor der Aufgabe, den ÖPNV in der Stadt Aachen sowie der Region an die Bedingungen der Zukunft anzupassen. Dies betrifft insbesondere das Fortschreiten der Digitalisierung und ein sich verändernde Erwartungshaltung der Bürger gegenüber dem ÖPNV. Zugleich sollen neue Nutzer gewonnen werden.

Die Bewältigung dieser Aufgaben hängt nicht unwesentlich von der finanziellen Ausstattung der kommunalen Verkehrsunternehmen ab. Bei der Stadt Aachen und ihren Eigenbetrieben und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen arbeiten etwa 5.600 Personen. Hinzukommen die Beschäftigten innerhalb des Konzerns Stadt Aachen. Das Jobticket für all diese Menschen schafft eine dauerhafte und kalkulierbare Einnahme für die ASEAG und den AVV.

Das Jobticket kann am Abend sowie an den Wochenenden und Feiertagen von weiteren Personen mitgenutzt werden. Dies eröffnet die Chance weitere Menschen von den Vorteilen des ÖPNV zu überzeugen und als dauerhafte Nutzer zu gewinnen.

Das Jobticket steigert zudem die Attraktivität der Stadt Aachen sowie der kommunalen Gesellschaften als Arbeitgeberinnen.

Der AVV bietet das Jobticket nur für Unternehmen mit mindestens 15 Mitarbeitern an. Durch eine virtuelle Einheit, unter deren Dach kleinere Unternehmen zum Zwecke des Erwerbs des Jobtickets zusammengeschlossen werden und so die für den Erwerb des Jobtickets notwendige Mitarbeiterzahl erreicht wird, können die oben beschriebenen positiven Effekte auch durch kleinere Unternehmen erreicht werden.



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
25. Mai 2020

Nr. 624/17

Aachen, 25. Mai 2020

Ratsantrag: Städtische Plattform für Videokonferenzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

*Die Verwaltung wird beauftragt, für die Bürger*innen eine kostenlos nutzbare Plattform für Videokonferenzen bereitzustellen.*

Begründung

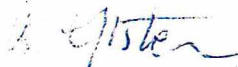
Die Einschränkungen durch Corona haben gezeigt, welche Probleme es bei der Nutzung von Videotelephonie gibt. Oft muss auf kommerzielle Lösungen zurückgegriffen werden, bei denen erhebliche Zweifel an den Datenschutzstandards bestehen.

Als digitale Modellregion sollte Aachen ein niedrighschwelliges Angebot für die Bürgerinnen und Bürger bereitstellen, beispielsweise durch einen Server, welcher mit der freien Software *Jitsi Meet* genutzt werden kann.

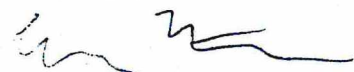
Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ulla Epstein



Lasse Klopstein

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

20. Mai 2020

Nr. 625/17

19. Mai 2020
Piraten 202005-01
GRÜNE 13 / 2020

Ratsantrag

Mehr Platz für Außengastronomie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen der GRÜNEN und Piraten beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Erhalt der (Außen-)Gastronomie in Aachen und als Schutzmaßnahme in Zeiten der CoVid-19-Pandemie eine Möglichkeit für Gastronomiebetriebe anzubieten, die Außenbewirtschaftungsflächen nach Sondernutzungssatzung kostengünstig und temporär auf Flächen der umliegenden Parkplätze zu erweitern.

Begründung:

Bis vor kurzem hat die Corona-Krise zum fast völligen Lockdown der Gastronomie geführt. Inzwischen sind Gastronomiebesuche wieder möglich, aber die Platzbedürfnisse sind aufgrund der pandemiebedingten Abstandsregelungen deutlich gewachsen. Der Platz im Innenraum der Gebäude lässt sich nicht vergrößern, und auch im Außenbereich können auf gleicher Fläche wie bisher weniger Sitzplätze angeboten werden.

Da gleichzeitig die Gehwege für die vielfachen Begegnungen von Personen ebenfalls in voller Breite in Innenstadtbereichen freigehalten werden müssen, bietet sich nur die Öffnung des Fahrbahnrandbereichs für ausgedehnte Außengastronomieflächen an. Der Parkraum muss an diesen Stellen saisonal und Corona-bedingt Platz machen.

Die Gastronomie macht einen großen Teil des Flairs einer lebendigen Stadt aus. Ohne eine florierende Außengastronomie ist Aachen wieder so unbelebt wie in den 1980er Jahren. Nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern als einladende, spannende, weltoffene Stadt brauchen wir lebendige Aufenthaltsflächen im öffentlichen Raum.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann
stellvertretender Fraktionssprecher GRÜNE Fraktion



Matthias Achilles
verkehrs- und planungspolitischer Sprecher Piratenfraktion

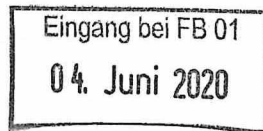


CDU FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 626/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 20.020 / SPD AT 153/20

Aachen, den 03. Juni 2020

RATSANTRAG

Ferienspiele für Kinder aus finanzschwachen Familien ermöglichen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, die Elternbeiträge für künftig stattfindende Ferienspiele des Jugendamtes und der Freien Träger der Jugendhilfe sowie die dort zu zahlende Beiträge für das Mittagessen für Kinder aus armen Familien zu minimieren und im Einzelfall auf null zu setzen.
2. Er beauftragt die Verwaltung, im Stadtjugendplan eine Position „Sonderzahlung Ferienspiele“ einzurichten und bittet den Hauptausschuss und den Finanzausschuss hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro bereit zu stellen.

Begründung

Die Ferienspiele in unserer Stadt erfreuen sich großer Beliebtheit. Sie bieten den teilnehmenden Kindern ein attraktives Freizeitprogramm und schließen bei vielen Eltern Betreuungslücken in den Ferien. Sie haben zusätzlich eine entlastende Funktion für manches Familiensystem. Gerade in Zeiten, in denen das Reisen nicht möglich oder stark eingeschränkt ist, erhalten diese örtlichen Angebote eine noch größere Bedeutung.

Die meisten Eltern können die Teilnehmerbeiträge problemlos bezahlen. Aus dem Veranstalterkreis wird aber berichtet, dass diese Beiträge bei Familien mit geringen Einkommen und mehreren Kindern eine hohe Hürde darstellen. Kein Kind sollte jedoch aus finanziellen Gründen von einer Teilnahme an den Aachener Ferienspielen ausgeschlossen werden. Den Trägern der Ferienspiele sollte es überlassen werden, zur Vermeidung von Bürokratie, diese Gelder gezielt einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion

Allianz für Aachen und AfD im Rat der Stadt Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

04. Juni 2020

Nr. 627/17

Allianz für Aachen (AfA)
Markus Mohr u. Wolfgang Palm
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

AfD im Rat der Stadt Aachen
Sascha Mohr
Zeppelinstraße 67
52068 Aachen

04. Juni 2020

Antrag: Erklärung des Rats zum Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge folgenden Beschluß fassen:

Der Rat der Stadt gibt folgende Erklärung ab:

Am 17. Juni 2020 gedenken wir des 67. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR.

Innerhalb weniger Tage mündete die Unzufriedenheit über desolate Lebens- und Arbeitsbedingungen in eine breite Protestbewegung, die die ganze sowjetische Besatzungszone erfasste.

In mehr als 700 Städten schlossen sich über eine Million Menschen aus allen Teilen des Volkes den Forderungen nach einem guten Leben in Freiheit und Demokratie in einem wiedervereinigten Deutschland an.

Der 17. Juni 1953 war zugleich Höhepunkt und Wendepunkt dieser Erhebung gegen die sozialistische SED-Diktatur. Sowjetische Panzer und Divisionen bezogen Stellung, sozialistische Gendarmerie prügelte und schoss auf Demonstranten. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen. Mindestens 55 Menschen fanden den Tod.

Wieder Herr der Lage griff das SED-Regime rigoros gegen Dissidenten durch. Es folgten Zuchthaus, Gefängnis und Repressionen für tausende Menschen. Eine Massenflucht aus dem »Sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat« setzte ein. Bis zum Bau der Mauer im Jahr 1961 sollten es noch über zwei Millionen »Republikflüchtige« sein, die auf der Suche nach Freiheit ihre Heimat hinter sich ließen.

Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 war nicht von Erfolg beschieden. Der Ruf nach Freiheit erstickte und das Joch der sozialistischen Diktatur sollte noch fast vier Jahrzehnte währen.

Der Rat der Stadt Aachen verneigt sich vor den Menschen des Volktaufstandes in der DDR. Wir verneigen uns vor jenen, die dabei ihr Leben ließen, Folter, Gefängnis und andere Repressionen ausgesetzt waren. Wir verneigen uns vor dem Mut und der Opferbereitschaft, einem totalitären System die Stirn zu bieten und für die Freiheit des Deutschen Volkes einzustehen.

Heute erkennen wir den inneren Zusammenhang, der den 17. Juni 1953 und den 03. Oktober 1990 miteinander verbindet. Was am »17. Juni« begann, wurde am »03. Oktober« vollendet: Die Überwindung des Kommunismus und die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands.

Der Rat der Stadt Aachen anerkennt den 17. Juni 1953 als ein herausragendes Datum der deutschen Geschichte. Wir stehen ein, für eine angemessene Würdigung dieses Datums; für eine Würdigung der Lebensleistungen- und Erfahrungen jener Deutschen, deren unerschrockener Freiheitswille zu allen Zeiten beispielgebend sein möge.

Begründung:

Der 17. Juni 1953 ist ein gesamtdeutscher Schicksalstag. Nur durch eine Übermacht staatlicher Erzwingungsorgane wurde der Weg zur Einheit Deutschlands versperrt. Das SED-Regime konnte sich noch einmal konsolidieren. Die Propaganda sprach von einem »faschistischen Putschversuch«. Ein dichtes Netz aus Geheimdienst- und Repressionsorganen sollte für die nächsten Jahrzehnte jede Dissidenz im Keim ersticken.

Dennoch blieb der Wille zur Freiheit und zur Einheit Deutschlands auch im »real existierenden Sozialismus« lebendig. Der Geist des »17. Juni« sollte im Jahr 1989 schließlich zum Durchbruch kommen und die Wende einleiten.

Die Wiedervereinigung ist ohne den 17. Juni 1953 nicht denkbar. Dieses Datum hat Millionen Biographien und Schicksale in Mitteldeutschland geprägt. Dieser transgenerational vererbte Erfahrungsschatz gehört zur mentalen Voraussetzung für die Überwindung der SED-Diktatur im Jahr 1989.

Die Verknüpfung des historischen Nexus zwischen 1953 und 1989 sowie die Tatsache, daß der Volksaufstand des 17. Juni erfolglos blieb, hat diesem Datum eine untergeordnete Bedeutung in der nationalen Erinnerungskultur eingehandelt.

Mit der vorliegenden Erklärung wird der Volksaufstand in der DDR in seiner historischen Bedeutung für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte gewürdigt. Neben dem Gedenken an die erfolgreiche 89er-Revolution soll auch an jene erinnert werden, deren Mut 36 Jahre zuvor noch nicht von Erfolg beschieden war.

Die Stadt Aachen hat in der Vergangenheit gezeigt, daß sie an der deutschen Erinnerungskultur aktiv partizipiert. So z.B. mit der »Gemeinsamen Erklärung des Rates und des Oberbürgermeisters der Stadt Aachen zum 75. Jahrestag des Kriegsendes«. Dabei hat der Rat zu erkennen gegeben, daß er den Anspruch hat, aus der Geschichte auch politische Implikationen für die Gegenwart herauszulesen.

Insofern bietet die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur Gelegenheit, die verheerenden Konsequenzen marxistischer Ideologie, sozialistischer Programme und kommunistischer Utopien aufzuzeigen und deren noch heute virulente Derivate zu ächten. Diese reichen in Aachen von der SED-Nachfolgepartei »Die Linke« über eine z.T. öffentlich geförderte linksradikale Szene, die weit ins studentische Milieu und den »freien« (eigentlich: vom Steuerzahler subventionierten) Kulturbereich ausgreift, bis hin zu den ubiquitären kulturmarxistischen, ökokommunistischen und kryptosozialistischen Vorstellungen zahlreicher Aachener Ratsleute.

Die Antragsteller sehen die mittlerweile inflationär betriebene Instrumentalisierung der Geschichte zu tagespolitischen Zwecken jedoch grundsätzlich kritisch und empfehlen daher für die Erklärung den Verzicht auf die Verknüpfung des 17. Juni 1953 mit den gegenwärtig beobachtbaren Fehlentwicklungen. Wenn von den Ratsfraktionen der Altparteien in selbstkritischer Absicht dennoch die Aufnahme eines Passus in die Erklärung gewünscht wird, der die in der Aachener Politik unzureichende Verinnerlichung der

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen



im Rat der Stadt Aachen

Folgen des linken Totalitarismus aufgreift, würden die Antragsteller einen solchen Passus im Geiste kollegialer Kompromissbereitschaft ausnahmsweise mittragen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Sascha Mohr

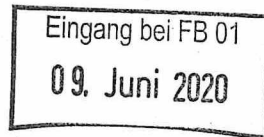
Für die Allianz für Aachen

Markus Mohr

Für die AfD im Rat der Stadt Aachen

Sascha Mohr

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
52058 Aachen



Nr. 628/17

09. Juni 2020
GRÜNE 14 / 2020

Ratsantrag

Projektentwicklung „Orsbacher Schule“ – quartiersgerecht und mit sozialem Mehrwert

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Aachener Grünen beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Das Gelände der alten Schule in Orsbach steht auf einer Potentialliste zur Entwicklung städtischer Grundstücke. Um eine möglichst frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung bei der weiteren Betrachtung des Grundstücks zu ermöglichen, wird die Verwaltung beauftragt, bei der Projektentwicklung des Grundstücks „Orsbacher Schule“ in den Dialog mit den Orsbacher Bürger*innen, Vereinen und Initiativen zu treten, deren Bedarfe bezüglich der Nutzung des Gebäudes zu ermitteln und in einem kooperativen und ergebnisoffenen Verfahren ein Konzept zu erarbeiten, das die lokalen Bedürfnisse bei der weiteren Entwicklung der Liegenschaft berücksichtigt.

Hierbei soll zu Beginn des Dialogs ausdrücklich ein Erhalt des Bestandsgebäudes als eine Handlungsoption mitbetrachtet werden.

Bei Varianten, die einen Abriss der Bestandbebauung vorsehen, sollen verschiedene Nutzungsarten und Vermarktungsmodelle untersucht werden, so dass die Bandbreite von genossenschaftlichem Wohnen bis hin zur Nutzung als campusnahes Seminargebäude immer bei gleichzeitigem Erhalt von Flächen für die Dorfgemeinschaft betrachtet wird. Eine klimaneutrale Entwicklung ist anzustreben, die Anwendung der Leitlinien für die Innenentwicklung werden vorausgesetzt..

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Begründung:

Die Verwaltung erarbeitete im Herbst 2019 eine Liste städtischer Potenzialflächen zur stadtplanerischen Entwicklung und wurde daraufhin von der Politik beauftragt, die Hebung dieser Potenziale aktiv weiter zu betreiben.

Die Orsbacher Schule gehört zu den städtischen Liegenschaften, bei denen ein Entwicklungspotenzial erkannt wurde. Die Schule stammt aus den 50er Jahren und ist energetisch modernisierungsbedürftig, das Grundstück könnte bei Abriss der Schule intensiver genutzt werden.

Die Orsbacher Schule spielt jedoch im Dorfleben der Orsbacher Bürger eine zentrale Rolle. Seit Jahrzehnten wird sie von den dort ansässigen Vereinen und Initiativen intensiv genutzt und ist vor einigen Jahren in Eigenleistung renoviert worden.

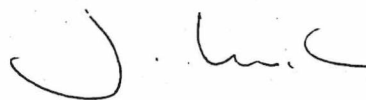
Ein multifunktionaler Saal mit Bühne, Theke und Küche sowie eine kleine Sporthalle mit Umkleiden und Duschen bieten Raum für soziale Aktivitäten. Da die Anzahl von Kleinkindern im Dorf wieder stark zugenommen hat, besteht Interesse, die Flächen einer ehemaligen private Kita wieder in Betrieb zu nehmen.

Ziel des Antrages ist es, eine aktive städtische Liegenschaftspolitik so zu gestalten, dass eine potentielle Projektentwicklung quartiersverträglich ist und einen Mehrwert auch für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner in der Umgebung schafft.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionssprecherin



sachkundiger Bürger Planungsausschuss

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
09. Juni 2020

Nr. 629/17

09. Juni 2020
GRÜNE 15 / 2020

Ratsantrag

Lärmschutz durch Geschwindigkeitsreduzierung an der Adenauerallee

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

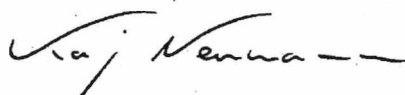
die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, wie die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h auf 50 km/h auf der L260 Adenauerallee zwischen Erzberger Allee und Lintertstraße erreicht werden kann.

Begründung:

Der Lärmaktionsplan sieht in der Adenauerallee 640 von Verkehrslärm betroffene Personen, die seit vielen Jahren mit Grenzwertüberschreitungen leben müssen. Viele andere, ähnlich gestaltete Abschnitte des Außenrings L260 sind in den vergangenen Jahren bereits mit einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h auch in den anbaufreien Bereichen versehen worden: Die Halifaxstraße, der Amsterdamer Ring, der Brüsseler Ring. Im Sinne einer kontinuierlichen Geschwindigkeitsvorgabe anstelle ständig wechselnder Höchstgeschwindigkeiten und zur Erzielung des Lärmschutzes sollte – ähnlich wie in der Kohlscheider Straße – eine Untersuchung gemäß den Lärmschutzrichtlinien Straßenverkehr durchgeführt und über das Ergebnis berichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann
stellvertretender Fraktionssprecher

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
09. Juni 2020

Nr. 630/17

09. Juni 2020
GRÜNE 16 / 2020

Ratsantrag

Gehwegbreiten besser nutzbar machen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die gesamte Breite vorhandener Gehwege wieder für das Zu-Fuß-Gehen (und andere dort erlaubte Fortbewegungsarten) zur Verfügung zu stellen. Damit soll gewährleistet werden, dass Menschen sich dort mit dem derzeit gebotenen Abstand von 1,5 m begegnen und überholen können, ohne immer wieder vor unnötigen Hindernissen und Engstellen warten zu müssen.

Nach einer Pilotphase soll geprüft werden, ob die durchgeführten Maßnahmen zugunsten einer dauerhaft besseren Aufenthalts- und Bewegungsqualität für den Fußverkehr verstetigt werden können.

Begründung:

Die Corona-Schutzverordnung schreibt aktuell vor, dass im öffentlichen Raum ein Mindestabstand von 1,5 m zu fremden Personen einzuhalten ist. Das gilt auch für die Begegnungen auf Gehwegen. In Aachen gibt es zahlreiche Gehwege, die aufgrund ihrer Breite diesen Abstand theoretisch gut ermöglichen, jedoch vielfältig anders genutzt werden. Diese anderen Nutzungsansprüche sollten aus aktuellem Anlass neu geordnet werden, denn das „Zu-Fuß-Gehen“ hat dort klaren Vorrang.

Wo der Platz für die Begegnung mit notwendigem Sicherheitsabstand nicht ausreicht, weil andere Nutzungen die volle Gehwegbreite einschränken, muss die Einschränkung beseitigt werden. Das kann beispielsweise dadurch gelöst werden, dass bestehendes Gehwegparken aufgehoben bzw. illegales Gehwegparken konsequenter durch Abschleppmaßnahmen verfolgt wird.

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Indem wir bei der Nutzung von Gehwegen wieder einen Fokus auf ihre eigentliche Bestimmung legen, können wir zu Fuß gehenden Menschen pandemiegerechtes Abstandhalten ermöglichen und diese schwächste Gruppe der Verkehrsteilnehmenden bestmöglich schützen. Darüber hinaus dient die Maßnahme auch einem langfristigen Ziel: Ein besseres und komfortableres Angebot für Zu-Fuß-Gehende zu schaffen und damit diese umweltfreundliche Art, mobil zu sein, als Baustein in der Verkehrswende in Aachen zu fördern und zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann
stellvertretender Fraktionssprecher